

erscheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Buchbindungen des In- und Auslandes an.

Für Leipzig nehmen Bestellungen an: A. Bebel, Petersstraße 18, F. Thiele, Grunstraße 2.

Der Volksstaat

Organ der sozial-demokratischen Arbeiterpartei und der Internationalen Gewerkschaften.

Abonnementspreis
Für Preußen incl. Stempelsteuer 16 Ngr., für die übrigen deutschen Staaten 12 Ngr. per Quartal.
Agent für London A. Duenfing, Foreign Bookseller, Librarian and Newsagent, 8, Little Newport Street, Leicester Square, W. C.
Filialabteilung für die Vereinigten Staaten: F. A. Sorge, Box 101, Hoboken N. J. via New York

Abonnementseinladung.

Wir bitten alle Leser und Parteigenossen, sich zum neuen Quartal für weitere Verbreitung des „Volksstaat“ zu bemühen und namentlich durch die div. Lokalpresse dahin zu wirken. Das Abonnement erneuert man jetzt schon, um die unangenehme Verzögerung, die sonst bei Beginn des neuen Quartals eintritt, zu vermeiden.

Die Parteigenossen in den Vogel v. Falkenstein'schen Provinzen ersuchen wir dringend, in ihren Lokalblättern den „Volksstaat“ zu empfehlen und bekannt zu machen daß namentlich nach aufgehobenem Belagerungszustand, alle Postämter wieder Bestellungen auf den „Volksstaat“ annehmen. Mit 1. April beginnt das neue Quartal.

An die Parteigenossen.

Außer einem noch zu bedeckenden Defizit der Wahlkosten sind es die Pflichten, die wir unseren zahlreichen Anhängern und deren Familien gegenüber zu erfüllen haben, welche uns zu einem erneuten Appell an die Ausdauer und Opferwilligkeit der Parteigenossen nötigen. Thue Jeder sein Möglichstes! Beiträge nimmt unser Kassierer Burdhardt, Johannisgasse 6-8 E. entgegen.

Leipzig, 10. März. Der stellvertretende Ausschuß.

Stichwahl im 15. Sächs. Bezirk.

Zahlreiche Versammlungen erklärten sich einstimmig für Spier. Die „Biedermänner“ wagen nicht offen aufzutreten, intrigieren aber auf unwürdigste Art im Geheimen; „Biedermann“ selbst scheut das Licht und sammelt seine edeln Freunde nur in geschlossenen Kneiplokalen um sich. Wir bitten, uns die Ergebnisse der am Sonntag, 18. März, stattfindenden Wahl von allen Orten sofort zu melden.

Wahlergebnisse.

Aus dem 19. Sächs. Wahlbezirk schreibt man uns: In Jahnsdorf hat der Gemeindevorstand die Stimmzettel Minikowitschs ausgetragen. Es wird überhaupt durch Parteigenossen im 19. Wahlbezirk so Manches ans Tageslicht kommen, wenn gegen die Wahl Minikowitsch protestiert und die Sache ehrlich untersucht wird. Die betreffenden Gemeindevorsteher, die die Minikowitschs Zettel durch ihre untergebenen Beamten amtlich vertheilen ließen, sind entweder Wahlvorsteher oder deren Stellvertreter, dieselben mußten Alles, was auf die Wahl Einfluß hat, vermeiden. Käme man mit diesem Unfug jetzt durch, so ist nie mehr darauf zu rechnen, einen freisinnigen Kandidaten durchzubringen. Hier wills den Leuten gar nicht in den Kopf. Man wird sie nie wieder zur Wahl bringen, denn es heißt nun: Die Großen bleiben die Großen, mit denen ist durch Wahlen nichts zu machen.

Unsere vorläufige Notiz in Nr. 21. über die Wahlergebnisse im 22. Sächs. Bezirk ist nach dem uns inzwischen bekannt gewordenen amtlichen Ausweis wie folgt zu berichtigen: Georgi 5438, Bracke 3477, Trübschler 326, zersplittert 78 Stimmen.

Ueber die Wahlbewegung in Berlin schreibt man uns: Die Lage ist eine europäische Nacht, sagt Lassalle am Schlusse seines Vortrags, und dies findet volle Anwendung auf die diesige Wahlbewegung. Im 3. und 4. Bezirk, welcher jeder zur Hälfte aus dem früheren Jacoby wählenden Landtagswahlbezirk besteht, war Aussicht vorhanden, Jacoby durchzubringen, ja sogar in einigen Versammlungen entschied sich die Majorität für Jacoby. Man war in bester Hoffnung. Doch vergah man, daß die Liberalen ihre Hauptwaffe, die Lüge, gehörig benutzen würden. Am Tage der Wahl wurden nämlich Zettel, an welche die liberalen Wahlkomitee angeheftet, worin der liberale Kandidat empfohlen wurde. Neben diesem Zettel befand sich ein anderer, der zwar ununterschiedet, jedoch aus derselben Druckerei, von welcher der erstere Zettel war. Auf diesem Zettel befanden sich die Gründe, weshalb man gegen die einzelnen Kandidaten stimmen müsse. Ich will den gegen Joh. Jacoby angegebenen Grund anführen, er lautet, weil J. Jacoby Sozialdemokrat sei, die Sozialdemokraten das Eigentum abschaffen wollen, ohne Eigentum sei aber eine geistliche materielle Entschädigung nicht möglich. Wieder die bekannte Lüge. Will oder kann uns das Bürgerthum nicht verstehen? Da die Herren doch keine Schulen besucht haben, so können sie uns wohl, wollen uns aber nicht verstehen, da sie wissen, daß die Wähler, wenn sie wirklich wählen, was wir wollen, uns ihre Stimmen zuwenden würden; denn wir wollen gerade, daß Jeder sich des Eigentums erweise. Wir sind nicht begeistert, wie die Liberalen, für jene Zustände, wo sich die Einzelnen wie hier J. B. die Herren Bleichröder und andere Banquiers immer mehr bereichern, während die Spinner um das tägliche Brod schwer zu kämpfen haben. Es würde mich zu weit führen, wollte ich erörtern, ob durch unsre, oder durch die Prinzipien der Liberalen die materielle Wohlfahrt mehr gefördert wird; jedoch nur die kurze Bemerkung, daß jedenfalls nach unserem Prinzip, dem Menschen den vollen Betrag seiner Arbeit zuzuwenden, weit eher die Wohlfahrt der großen Masse, freilich mit Ausnahme der Rothschild, Krupp, Borsig, Ruyter &c., befördert wird, als durch die spekulatorischen Consum- und Verschwendungskünste u. s. w. von Schulz-Deitsch. Das Wahlergebnis ist dennoch ein günstiges, im Vergleich mit Breslau oder Köln ein glänzendes zu nennen. Es erhielten nämlich die Fortschrittspartei und Nationalen 26,573 Stimmen, Jacoby 6393, hierzu kommen noch für die sozialistische Partei 1900 Stimmen für Braun, ist also 8293 Stimmen, der kleine Theil der Stimmen der Fortschrittler und Nationalen für die sozialistische Partei, während die Conservativen trotz der Unterstützung der Regierung und trotz der Aufstellung von siegreichen Generalen, den sog. Staatsrettern, es nur auf 3829 Stimmen, also nicht einmal auf die Hälfte der sozialistischen Stimmen brachten. Ein Leitartikel der heutigen „Volkszeitung“ behandelt dieses Thema, derselbe sagt, daß in jeder der Fortschritt bildgebenden Bevölkerung 3 Richtungen zu Tage treten. Die Sterbenden, die Lebenden, die Heranwachsenden. Die Fortschrittspartei sei die der Lebenden, deshalb stehe sie auch. Die „Volkszeitung“ nennt unsere partei Minorität, bedauert nur, daß sich die Heran-

wachsenden, von der großen Kanne der Lebenden, der Fortschrittspartei, trennt. Die alten absterbenden Leute halten sich jedoch auch immer für sehr gesund und rüftig, und so ist es bei der Fortschrittspartei; sie, die bereits ebenfalls zu den Sterbenden gehört, hält sich im kräftigsten Mannesalter stehend. Ist denn aber eine Partei, die als ihre eigentliches Prinzip hat, das in der Boberathung anzunehmen, was sie bei der Schlussberatung ablehnt, noch lebensfähig? Die sozialistische Partei hat das erste Mal ihren Kandidaten hier aufgestellt, was kaum zu glauben auf das Resultat bliden. Es zeigt sich hierdurch nur die Unwiderstehlichkeit, das Durchdringende des Sozialismus. Ich sehe schon heute die Zeit kommen, wo hier an Stelle der Fortschrittspartei, die sozial-demokratische maßgebend sein wird. Zur Erreichung dieses Zieles ist es jedoch notwendig, daß wir stets der Worte Lassalle's eingedenk sind: Seid einig, einig, einig!

In Elberfeld-Barmen legte in der engern Wahl der konservativ-kerikal-reactionäre Legationsrath v. Kuffnerow mit 9540 über Herrn v. Schweizer, der 8477 Stimmen erhielt. So hat Herr v. Schweizer den Beweis geführt, daß unter seiner unfähigen und unrelle Diktatur die Sozialdemokratie selbst dort fast Rückschritte statt Fortschritte macht, wo sie unüberwindlich schien. Wenn Herr v. Schweizer nicht die Geldmittel und geistigen Kräfte seiner Anhänger auf die Bekämpfung ihrer eigenen Brüder, die dasselbe, was sie wollen, und deren Vorkämpfer gelenkt, sondern sozialistisch-demokratisch gewirkt hätte, so würde die Avantgarde der Arbeiterfrage nicht geschlagen worden sein. Hoffentlich öffnet dieses Wahlergebnis den Arbeitern von Elberfeld-Barmen die Augen über den sonderbaren „Sozialdemokraten“ Hrn. v. Schweizer! In Bremen ist der zärtliche Busenfreund Schweigers, Herr Hasselmann, ebenfalls unterlegen. In den dortigen Wahlversammlungen machte er für seine Kandidatur, einem Berichte der Nationalzeitung zufolge, das Verdienst geltend, daß er zuerst Liebknecht und Bebel beschuldigt habe, im Dienste der österreichischen Regierung zu stehen, weil Liebknecht in Wien mit Hrn. v. Orzes gesprochen habe. Die Bremer Arbeiter haben dieses „Verdienst“ gebührend gewürdigt, Herr Hasselmann erhielt lächerlich wenig Stimmen.

Wie Herr von Schweizer die Arbeiter „aufklärt“, das zeigt deutlich die neueste uns vorliegende Nummer seines Organes. Fast zwei Seiten füllen die Namen der in den deutschen „Reichstag“ gewählten Junker, Mucker, Domkapitulare, Minister, Advocaten &c. aus den einzelnen aufgeführten Wahlkreisen; 1/2 Seiten Raum beansprucht seine „Lucinde“, ein sozial-politischer Roman, wie es deren hunderte giebt, mit einigen guten Kapiteln, im Uebrigen: „laues Wasser“; den Rest bilden, außer einer Aufforderung zu Geldsendungen, etliche Annoncen und eine Menge „Vermischtes“, welches letztere alle Schnurren enthält, mit denen in der letzten Woche die Bourgeoispreffe ihr Publikum gefüttert: Gefangenenerwähl, Leichenbegängniß eines Turco, Kuriosa, Unglücksfälle, hohes Alter, ein Varenführer u. dergl., aber ja beileibe nichts Prinzipielles. Auffallend war uns folgende Notiz unter dem „Vermischten“:

„Kuriosum). Wir wollen hier eine amtliche Bekanntmachung der königl. Regierung in Wiesbaden erwähnen, nach welcher dem Johann Wilhelm Giel zu Niederbrechen die nachgesuchte Genehmigung erteilt worden ist, an Stelle des von ihm seither geführten Familiennamens „Giel“ den Namen „Schieborn“ anzunehmen und zu führen.“ Sollte vielleicht Herr v. Schweizer den abgelegten Namen Schieborns anzunehmen geneigt sein? Aber wer wird den seinigen ihm abnehmen mögen?

Die „freie Wahl“ im Kaiserreich erläutere folgendes Stückchen aus dem Kreis Gumbinnen. „In der Wahlwoche traf der Polizei-Verwalter Buchholz auf einem Dorfe bei dem Schulzen ein, fragte zuerst Frau und Tochter sehr dringend aus, der Mann war nicht zu Hause, ob er am Dienstag die „demokratische“ Wahlversammlung besucht und nachdem dieses verneint, ob er schon demokratische Wahlzettel habe. Das stellten die Frauen nicht in Abrede und mußten sie die vermeintlich demokratischen Zettel suchen und vorbringen. Gerade als der Schulz nach Hause kam, waren die Zettel vorgelegt und erklärte er demselben, er werde die mit v. Kries bedruckten „gemäßigten“ Zettel eingehen und ihm dafür andere mit „Prinz Albrecht, Vater“ geben. Nun solle er aber auch die „demokratischen“, die er sicher schon von dem benachbarten demokratischen Gutsbesitzer erhalten, herausgeben. Auf die Versicherung des Schulzen, er hätte keine, mußte der Mann, der da meinte: versprechen und Wort halten ist zweierlei, ihm versprechen, ihm dieselben sofort nach Eingang abzuliefern. Thun wird er es sicher nicht, aber — das nennt man „freie Wahl“.

In Harburg erhielt Pfannkuch 250 Stimmen, in Lüneburg Schrader 150.

In Altona stimmten unsere Parteigenossen vereint mit dem A. D. A.-B. für Bräuer. Derselbe erhielt 3875 Stimmen. Was könnten wir nicht erzielen, wenn wir ganz einig wären!

In Hannover erhielt Richter, für den wir „Eiserne Arbeiter Volkspartei“, wie uns Herr v. Schweizer tituliert, stimmten, gegen 2000 Stimmen.

In Frankfurt a. M. ist am 17. d. engere Wahl zwischen Sonnemann und Rothschild.

Im Harz Stichwahl zwischen Graf Münster und Hasselmann.

Das am 7. d. in Altona publicirte Wahlergebnis im schleswig-holsteinischen Wahlkreise ist folgendes: Von den abgegebenen 8577 gültigen Stimmen (146 wurden für ungültig erklärt) erhielt Bräuer (Sozialdemokrat) 3875, Dr. Schleid-

3872 und B. von Pustau 819, während 11 sich auf verschiedene Kandidaten zersplitterten; da mithin keiner der Gewählten die absolute Majorität erhalten, ist eine engere Wahl auf Freitag den 17., sowie die Ermittlung und Befestigung des Resultates auf den 21. d. M. angeordnet.

In Coburg wurde Hr. Hofrath Briegleb in den Reichstag gewählt. Derselbe ist bekannt aus dem Frankfurter Vorparlament von 1848 und anscheinend der nationalliberalen Partei angehörend. Programm: Militärstaat nothwendig, keine Diäten, Legislaturperiode nicht unter 3 Jahr, wahlberechtigt nicht unter 25 Jahr, neues deutsches Reich mit der alten Verfassung &c. Hr. Hofrath Briegleb ist gewählt mit 3825 Stimmen. 5215 Wahlberechtigte haben sich der Abstimmung enthalten.

Wie unter dem deutschen Kaiserreich der „Ordnung und frommen Sitte“ die deutsche Treue und Wahrheitsliebe gedeiht, zeigt der Umstand, daß der bayerische Erminister v. Hörmann dreimal gewählt worden ist. Vermuthlich jedesmal auf ein anderes Programm. Dieser Herr von Hörmann ist im bayerischen Landtag bei verschiedenen Gelegenheiten als — Lügner entlarvt worden, ohne daß er sich zu rechtfertigen wußte. Sind dem Kaiserreich auch solche Fürsprecher willkommen? Oder wären sie ihm am Ende gar die liebsten?

Wir bitten die Freunde um Mittheilungen der noch nicht gemeldeten Wahlergebnisse.

Ferner bitten wir, alle Wahlumtriebe, Beeinflussungen und sonstige Ungeheulichkeiten und Unregelmäßigkeiten uns wahrheitsgetreu und ausführlich, mit Belegen und Zengennennung zu berichten. Ueber jedem Bericht ist der Wahlbezirk zu bemerken.

Politische Uebersicht.

Aus Mainz, 7. März, wird gemeldet: „Sehen den Schillerplatz zu marschirte gestern Nachmittag eine Truppe Kriegsgesangener (Elsässer) mit dem Tornister auf dem Rücken und sang zum Erstaunen der Vorübergehenden „Die Wacht am Rhein“, nur mit dem etwas veränderten Refrain: „Lieb Vaterland muß ruhig sein“. Es ist recht erfreulich, daß die Elsässer ihr neues Lieb Vaterland schon so genau kennen.

Bei der in Wittmund stattgefundenen Siegesfeier wurden dem Kanonier Abels beide Hände und beide Füße abgehauen, der Unglückliche erlag den erlittenen Verletzungen im Verlauf einer halben Stunde.

In Bärtsch sind anlässlich der Verhöhnung und provozirenden Behandlung der französischen Internirten seitens der dortigen Bourgeoisie und Aristokratie, wobei das Volk Partei für die Ersteren ergriff, Unruhen ausgebrochen. Natürlich müssen auch hier, wie immer die Internationalen Schuld sein!

Das Leichenbegängniß des republikanischen Straßburger Maire Dr. Käß hat, wie die „Straßb. Ztg.“ berichtet am 8. März unter außerordentlicher Theilnahme der Bürgerschaft stattgefunden. Der Zug, dem sich auch die Spigier der deutschen Militär- und Civilbehörden angeschlossen, bewegte sich zunächst von der Mairie nach der Thomaskirche und von da nach Beendigung der kirchlichen Feiern zum Friedhofe vor dem Steinthor. Alle Läden und Wirthshäuser waren während der Begräbnißfeier geschlossen. So kaiserlich sind die Elsässer.

General Aurelles de Paladine bereitet in Paris die Entlassung der vorhandenen Bataillone der Nationalgarde vor, indem er die Zurückgabe der Waffen in kürzester Frist bei harten Strafen anbefiehlt. Diese Maßregel hat energische Protestationen hervorgerufen. Rochefort klagt in seinem Organ „Mot d'Ordre“ die Regierung an, daß sie die Nationalgarde unter dem Vorwande der Reorganisation derselben entwaffne.

Auf dem Montmartre hat die republikanische Partei eine förmliche Festung erbaut, die Barricaden sind mit Kanonen armirt, die man im Augenblick des Einmarsches der Preußen weggeführt hat. Man stellt Posten auf, man löst sie ab, man giebt Hornsignale, bis zum äußeren Boulevard hin sind Wachen vertheilt, es heißt sogar, daß in diesem Bezirk des republikanischen Hauptquartiers Requisitionen erhoben werden. Ein rother Anschlag, unter dem mehrere bekannte Namen, wie Pindy, Courty u. s. w. stehen, protestirt gegen jede Idee von Insurrektion und Plünderung, aber eine Regierung en miniature, die sich Generalkomitee der Nationalgarde nennt, und in regelter Weise durch eine große Anzahl von Bataillonen der Bürgergarde erwählt zu sein behauptet, erklärt, sich das Monopol der Vertheidigung der Republik zu reserviren.

Ueber die Lage in Paris schreibt die „Freie Presse“, deren Redakteur (V. Becker) bekanntlich längere Zeit und bis zum Ausbruch des Krieges in Paris lebte:

„Ein Theil von Paris ist bedeckt mit Barricaden, die mit Kanonen besetzt sind und militärisch bewacht werden. In diesem verbarricadirten Theile werden im Namen einer von entschiedenen Republikanern ernannten Regierung Befehle vollzogen und Requisitionen gemacht. Diese Regierung nennt sich „Allgemeiner Ausschuß der Nationalgarde“ und ist von einer großen Anzahl Bataillone der Nationalgarde eingesezt. Sie erklärt, daß sie nur die Aufrechterhaltung der Republik bezweckt, welche den Parisern durch die Majorität der Bordsleher Nationalversammlung bedroht erscheint. Die Haltung des in Paris nicht gerade sehr populären Picard, sowie die Ernennung des Generals d'Aurelles de Paladine und Rogers zu Chefs der Ratio-

